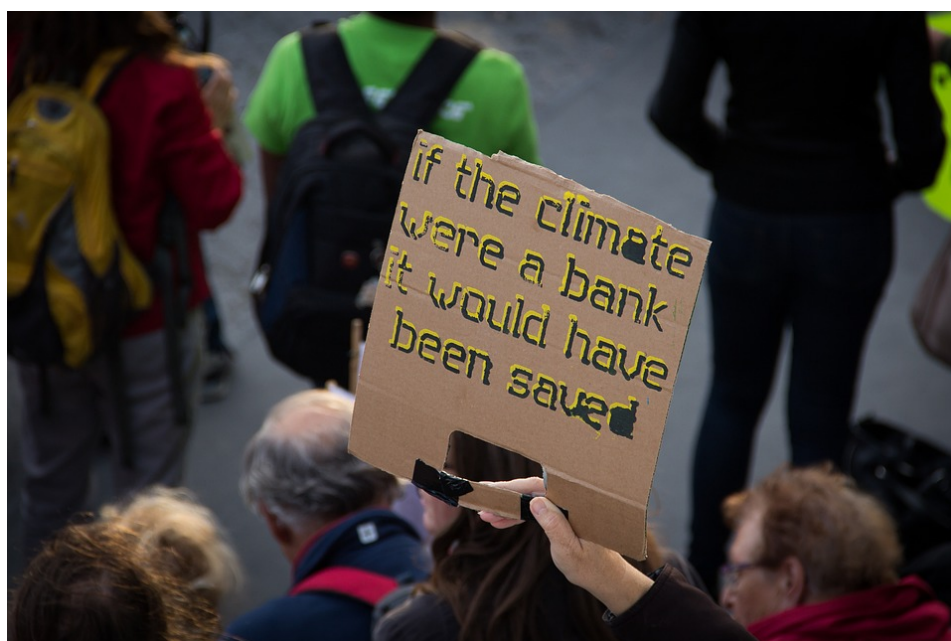


„Protestaktion in Berlin: Menschenrechte für Uiguren und Falun Gong“

Die Menschenrechtslage in China ist alarmierend: Unterdrückung von Uiguren, Verfolgung von Falun Gong-Anhängern und die Repressionen gegen Minderheiten werfen dringende Fragen auf. Menschenrechtler und Aktivisten fordern die deutsche Bundesregierung auf, sich für die Rechte der Betroffenen einzusetzen. Informieren Sie sich über die Protestaktion am 1. Oktober in Berlin und erfahren Sie mehr über die dringenden Forderungen an die Politik.



Am 1. Oktober blüht der Protest! Deutschland wird zum Schauplatz einer eindrucksvollen Menschenrechtsaktion, die auf die alarmierende Situation in China aufmerksam macht. Unter dem Motto „Freiheit für alle“ mobilisiert die Tibet Initiative Deutschland zusammen mit dem Weltkongress der Uiguren und anderen engagierten Menschenrechtsorganisationen zu einem

kraftvollen Zeichen des Widerstands vor der chinesischen Botschaft in Berlin.

Die zentrale Frage bleibt: Wie lange lässt die Bundesregierung die Menschenrechtsverletzungen ihrer wirtschaftlichen Interessen unterordnen? Die Menschenrechtlerin macht unmissverständlich klar: „China muss daran gehindert werden, seine Methoden und Modelle der Repression nach Deutschland zu importieren.“ Der Appell für Rechtsstaatlichkeit und Humanität hallt durch die Straßen, während die Politiker mit den Konsequenzen ihrer Entscheidungen konfrontiert werden.

Einmal mehr im Exil

Der Menschenrechtsaktivist Lebin Ding, der 2012 nach Deutschland floh, ist das Gesicht dieser tragischen Realität. „Obwohl ich im deutschen Exil lebe, ist meine Sicherheit nicht garantiert“, erzählt er eindringlich. Mit brennender Sorge blickt er auf seine in China lebenden Eltern, die aufgrund ihres Glaubens an Falun Gong verfolgt werden. „Für mich ist der 1. Oktober ein trauriger Tag. Mein Vater sitzt rechtswidrig im Gefängnis... er ist in Lebensgefahr, weil ihm der staatliche Organraub droht.“ Dings Worte sind eine eindringliche Mahnung, nicht zu vergessen, was wirklich auf dem Spiel steht.

Die düstere Lage der Uiguren und weiteren Minderheiten in Ostturkestan/Xinjiang, Tibet und Hongkong ist ein weiterer Aspekt des internationalen Skandals. Die gewaltsame Unterdrückung durch die chinesische Regierung wirft einen langen Schatten über die Menschheit. „Uiguren und Kasachen werden gegen ihren Willen in Staatsbetriebe gebracht, wo sie Zwangsarbeit leisten müssen“, heißt es in einem eindrucksvollen Bericht. Diese massiven Menschenrechtsverletzungen müssen endlich ein Ende finden!

Protest vor der chinesischen Botschaft

Die Protestaktion am 1. Oktober von 16:00 bis 17:30 Uhr vor der

chinesischen Botschaft in Berlin ist eine Gelegenheit für alle, sich einzusetzen und laut zu werden. Gemeinsam fordern die Initiatoren die Freilassung aller Uiguren und anderer Angehöriger turkstämmiger Völker aus den berüchtigten „Umerziehungslagern“. „Die Bundesregierung muss diese Menschen schützen und die Freilassung aller unrechtmäßig inhaftierten Personen einfordern“, fordert Causevic eindringlich.

Der Aufruf ist laut und klar: „Kommt vorbei und erhebt eure Stimme!“ Die Straßen Berlins werden zum Ohr für die, die nicht gehört werden – für die, die Freiheit und Menschenrechte in einem repressiven Regime einfordern. Gemeinsam setzen sie sich gegen Finsternis und Unterdrückung zur Wehr!

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de